

FDP in der Ampel

Quo Vadis, Liberale?

Christopher Gohl

Wer wissen will, wohin es mit den Liberalen in der Ampel-Koalition der 20. Legislatur gehen könnte, sollte zunächst fragen, woher sie kommen. Der Blick zurück zeigt, dass die Liberalen nach der demütigenden Wahlniederlage von 2013 eigentlich programmatisch und personell gut vorbereitet in der Ampel angekommen sind. Das zeigt sich besonders an ihrem Verständnis von Liberalismus, das in den letzten Jahren modernisiert wurde. Das machte den Start in die Ampel für die FDP als Reformpartei der Mitte leichter, als manche Beobachter erwartet hatten (1.).

Dennoch gibt es ideelle Differenzen in der Ampel, die den Markenkern der drei Parteien berühren. Zwar konnten sie in einer gemeinsamen Erzählung im Koalitionsvertrag verflochten werden. Aber von Anfang stand die Ampel unter immensem Gestaltungsdruck. Zu den Belastungen der Pandemie, gesellschaftspolitischem Reformstau, dem inneren und äußeren Druck auf die liberale Demokratie und dem Stress der Transformation angesichts der Klimakrise kam am 24. Februar 2022 mit dem Angriffskrieg Russlands auf das Nachbarland Ukraine auch eine sicherheitspolitische Zeitenwende. Ob die ideellen Verflechtungen im Koalitionsbündnis wieder reißen oder ob die Ampel unter dem Druck zusammenwächst, ist eine offene Frage (2.).

Wie sie beantwortet wird, liegt nicht nur, aber auch an der FDP. Sie hat bleibenden Erneuerungsbedarf. Ob ihr eine konstruktive Rolle in der Koalition gelingt, hängt wesentlich davon ab, ob die FDP ihr Verständnis von Freiheit für die sozialen, ökologischen und globalen Aspekte freiheitlichen Zusammenlebens offenhalten kann. Konsequenter gelänge ihr das, wenn sie auch das Feld der Demokratiepoltik zu besetzen begänne (3.).

1. Aus der Niederlage 2013 gut vorbereitet in die Ampel

1.1 2013: Eine verbrauchte FDP ohne Reformkraft fliegt aus dem Bundestag

Der 22. September 2013 war der schwarze Sonntag der FDP: Sie flog bei den Wahlen zur 18. Legislaturperiode mit 4,8 Prozent der Zweitstimmen aus dem Deutschen Bundestag. Dafür wirkten lange Jahre tiefgreifender programmatischer, personeller und organisatorischer Probleme zusammen. Zwar hatte Guido Westerwelle aus der Opposition heraus seit Ende der 1990er Jahre erfolgreich eine (dann als »neo-liberal« heftig kritisierte) Agenda der Ordnungspolitik für den föderalen Sozialstaat vorangetrieben. Aber nach dem Erfolg der rot-grünen Agenda 2010 vermochte es die FDP nicht, neue und gesellschaftlich zwingende Reformprojekte offensiv zu vertreten.

Stattdessen wandelte sich die FDP zur Bundestagswahl 2009 zur defensiven Schutzmacht der »vergessenen Mitte« und nutzte – taktisch kurzfristig erfolgreich – Abstiegsängste einer durch die Finanzkrise verunsicherten Mittelschicht. 14,6 Prozent der (keineswegs durchweg liberal eingestellten) Wähler honorierten den strategischen Wechsel von der programmatischen Offensive einer liberalen Reformpartei in die Defensive einer Dagegen-Partei. Die verbliebenen Reformprojekte Steuerreform und Bürgergeld verloren in handwerklich katastrophalen Koalitionsverhandlungen jegliche Verbindlichkeit und wurden zum bloßen Lippenbekenntnis, der Reformeifer zur Pose. Die FDP erholte sich von ihrem Fehlstart in die Koalition nicht mehr. Trotz einzelner Erfolge blieb es bei einem zerstrittenen und schwachen Regierungsauftritt.

Eine forsa-Umfrage der FDP-Führung von 2011 zeigte schonungslos auf, dass die Wähler die FDP für eine verbrauchte Partei ohne Fortschrittskompetenz hielten. So sollte eine »ideale« Partei nach Meinung von deutlich mehr als der Hälfte der nach 2009 abgewanderten FDP-Wähler »eher alle Themen im Blick haben« als sich »auf ihre Kernkompetenzen konzentrieren« und eher »fortschrittlich« als »traditionsbewusst« sein. Der FDP wurden von diesen ehemaligen Wählern aber gerade gegenteilige Werte zugeschrieben: Sie konzentriere sich eher auf ihre Kernkompetenzen, als alle Themen im Blick zu haben, und sei eher traditionsbewusst als fortschrittlich. Deutlich über die Hälfte der abgewanderten FDP-Wähler war der Ansicht, die FDP sei »der verlängerte Arm der Wirtschaft«, »eine Partei der 80er-Jahre«, verkörpere

also »die Vergangenheit, sie wird deshalb mit den Herausforderungen in Deutschland nicht fertig«. In der Öffentlichkeit wurde das unter den Überschriften »Lobbyismus statt Liberalität«, »Freibetrag statt Freiheit« oder »Klientel statt klarer Kante« wahrgenommen.

1.2 2010-2015: Die FDP erneuert ihren Liberalismus

Christian Lindner wurde im Dezember 2013 zum neuen Vorsitzenden der FDP gewählt. Er war der richtige Anführer zur richtigen Zeit. Denn als er den langen Marathon durch das finstere Tal der außerparlamentarischen Opposition begann, wusste Lindner längst, was zu tun war. Schon in seiner Zeit als FDP-Generalsekretär zwischen dem 14. Dezember der Jahre 2009 und 2011 hatte Lindner damit begonnen, die FDP wieder gesamtheitlich und fortschrittlich aufzustellen: Guido Westerwelle hatte seinen General beauftragt, mit Hilfe eines neuen Grundsatzprogramms die FDP für neue Koalitionsoptionen in einem sich verändernden Parteiensystem zu öffnen. Empfanden viele in der FDP die Nähe zur konservativen CDU als natürlich, so war sie für andere Liberale schon längst eine »babylonische Gefangenschaft«.

Unter der Überschrift »Chancen für morgen« arbeiteten seit Herbst 2010 unter Lindners Führung eine Grundsatzprogrammkommission und elf Programmforen an der Erneuerung einer breit aufgestellten, auch an SPD und Grüne anschlussfähigen liberalen Reformagenda. Lindner selbst leitete zudem das Programmforum Liberale Fundamente. Trotz verächtlicher Kritik der alten Garde Liberaler vom Schlag Rainer Brüderle und grundsätzlichem Widerstand einer Sammlung »Liberaler Aufbruch«, die sich auf ein (verkürztes) Verständnis von »klassischem Liberalismus« berief, wurden Ideen von individueller Entfaltung, Emanzipation, Fortschritt, Solidarität und nachhaltiger Entwicklung aus der Reservekammer liberalen Denkens hervorgeholt und wieder aufpoliert.

Nach Lindners Rücktritt als Generalsekretär im Dezember 2011 nahm sein Nachfolger Patrick Döring den Ball auf, und der 63. Ordentliche Bundesparteitag verabschiedete im April 2012 das heute noch gültige Grundsatzprogramm der FDP: »Verantwortung für die Freiheit. Karlsruher Freiheitsthesen für die offene Bürgergesellschaft« (FDP 2013). Deren Quellcode fasst die erste These unter der Überschrift »Liberale Politik gewährleistet individuelle Chancen und gesellschaftliche Ordnung« so zusammen: »Die Freiheit des Einzelnen ist Grund und Grenze liberaler Politik. Frei zu sein

heißt, das eigene Leben ohne fremden Zwang selbst bestimmen zu können. Dafür schafft liberale Politik die Voraussetzungen: Chancen für jeden einzelnen Menschen und Freiheitsordnungen für die offene Bürgergesellschaft.« Die Bedingungen freiheitlichen (Zusammen)Lebens sind stets gefährdet und werden zum Gestaltungsauftrag. Dementsprechend kann Freiheit nur in Verantwortung und Fairness ausgeübt werden: »Freiheit braucht Fairness und Verantwortung«, so These zwei. Eine so verstandene Freiheit wird in These drei zum Mittel und Treiber des Fortschritts: »Wir vertrauen auf Fortschritt durch Selbstbestimmung«.

Beobachter der Partei waren überrascht: »Wer sich das Grundsatzprogramm der FDP durchliest, mag kaum verstehen, warum der politische Liberalismus so in Verruf geraten ist«, kommentierte etwa Michael Bröcker, damals noch bei der Rheinischen Post. »Da wird ein klares, umfassendes Bild einer Gesellschaft skizziert, die auf den Einzelnen setzt, aber das Ganze im Blick hat.« Im Programm glänzten nicht die »neoliberalen« Gedanken, »sondern die Passagen zum liberalen Sozialstaat, zur Generationengerechtigkeit und zu fairem Wettbewerb« (Bröcker 2012). Ulf Poschardt stellte in der Welt fest: »Auch wenn es sich in vielen hämischen Kommentaren zum Elend der FDP eingeschlichen hat, haben die Verfasser der Thesen den Freiheitsbegriff derart radikal (aber nicht extrem) definiert, dass alle Versuche anderer Parteien, sich zum Erbe des Liberalismus in Deutschland machen zu wollen, anmaßend, ja grotesk erscheinen.« Einerseits seien die Thesen staatsfern und appellierten an den einzelnen Bürger. »Doch diese antietatistische Note ist eingebettet in eine ausdifferenzierte Vision einer Bürgergemeinschaft, die dem Einzelnen viele Freiheiten lässt, ohne das Gemeinwohl zu vernachlässigen.« (Poschardt 2012) Lisa Caspari schloss in der Zeit daran an: »Die sogenannten Freiheitsthese[n] [...] sind in einem warmen, ermutigenden Ton geschrieben.« Sie könnten »der taumelnden Partei breitere Wählerschichten, die moderne Bürgergesellschaft öffnen. [...] Das neue Programm hat Potential.«

1.3 Der humanistische Chancen-Liberalismus der Lindner-FDP

Mit den Diskussionen zum Grundsatzprogramm traten jüngere Liberale und jungliberale Ideen eines humanistischen Liberalismus in den Vordergrund der Mutterpartei. Die JuLis hatten 1994 ihr erstes Grundsatzprogramm zum »Humanistischen Liberalismus« beschlossen. Prägend dafür gewesen waren

unter anderen Joachim Stamp und Michael Theurer, heute die Vorsitzenden der zwei größten Landesverbände der FDP in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. 2009 hatten die JuLis ihr Grundsatzprogramm unter der Federführung von Marco Buschmann im Auftrag des damaligen JuLi-Bundesvorsitzenden Johannes Vogel erneuert. Stets hatten hier die sozialen Voraussetzungen der Freiheit sowie die ökologisch und finanziell bedrohte Freiheit der künftigen Generationen eine wichtige Rolle gespielt. Der »humanistische Liberalismus« verstand sich als »ganzheitlich«.

Zur Grundierung des humanistischen Liberalismus traten zwei weitere Impulse, die den Freiheitsbegriff der FDP bis heute prägen. Sie stammten aus der Arbeit des Programmforums Liberale Fundamente, dem auch Marco Buschmann angehörte. Der erste Impuls kam von Ulf Poschardt, der als Gast der FDP einen *modernisierten und mündigen Individualismus* antrug. Lindner verarbeitete diese Inspiration zu einer Positionierung »Wozu Liberalismus?« in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 9. Mai 2011, ein bis heute auf seiner Homepage nachzulesender Schlüsseltext für Lindners Liberalismus-Verständnis. Lindner schreibt: »Auf die Frage, worum es ihm geht, antwortet der Liberalismus: um dich! Um dein Recht, im Hier und Jetzt glücklich zu werden. Um deine Chance, dein Leben selbst in die Hand zu nehmen. Um deine Freiheit, Bindungen einzugehen oder zu lösen.« (Lindner 2011)

Der zweite wichtige Impuls stammte vom Freiheitsphilosophen Claus Dierksmeier. Lindner hatte ihn schon zuvor in das ideelle Erneuerungsprojekt der jüngeren FDP eingebunden (Rösler & Lindner 2009; Lindner 2010). Dierksmeier führte eine Idee von »qualitativer Freiheit« ein, die jenseits eines modernisierten individualistischen Angebots die Werte der *Fairness und Verantwortung im gesellschaftlichen Zusammenleben* stärkte – und zwar als Ausdruck und Auftrag, nicht als Einschränkung der Freiheit der vielen Einzelnen: »Freiheit verpflichtet, Verantwortung befreit!« Welche und wessen Freiheiten – auch Dierksmeier verstand sie als Lebenschancen – je den aktuellen Auftrag liberaler Politik prägten, müsse angesichts zeitgeschichtlicher Probleme und unter Rückgriff auf die Vielfalt liberaler Traditionen immer wieder neu bestimmt werden – ein Auftrag zur andauernden Optimierung der Freiheitsbilanz. Dierksmeiers in letzter Konsequenz kosmopolitischer Impuls wurde zum Quellcode des neuen Grundsatzprogramms und prägt dessen argumentative Architektur, besonders deutlich nachzulesen in den Thesen 1-3 sowie 5, 14, 15, 17, 18 und 19 (siehe dazu Dierksmeier 2016).

Damit nahm der (implizit republikanisch gesinnte) Liberalismus der Lindner-FDP Gestalt an. Es ging deutlich nicht um das »neo-liberale Ich«, sondern um Lebenschancen für das »verantwortungsfähige Dich«. Zur Idee evolutionärer Such- und Lernprozesse zu den Bedingungen liberaler Ordnungspolitik trat die Idee der »Lebenschancen« im Sinne Ralf Dahrendorfs. Macht war zu brechen, gesellschaftliche Offenheit sollte gewährleistet, individuelle Emanzipation ermöglicht werden. Lindner führte damit zugleich seine Orientierung am späten Freiburger Hayek und an Ralf Dahrendorf zusammen, deren von eigener Hand stilisierten Porträts nebeneinander in Lindners Büro hingen (Lindner 2011).

Der von der Lindner-Generation betriebene Aufbruch von 2012 ging im Lärm der scheiternden Regierungspartei 2013 noch einmal unter. Der Wahlkampf entsprach doch noch der traditionellen Orientierung an »Brot und Butter«-Themen, wie sie der Spitzenkandidat Rainer Brüderle vertrat. Erst 2014 wurden im Erneuerungsprozess der FDP wichtige Motive der Freiheitsthese in Fokusgruppen erprobt, bestätigt, weiterentwickelt und zugespitzt. So entstand das von Christian Lindner und Marco Buschmann konzipierte, 2015 verabschiedete Leitbild »Mehr Chancen durch mehr Freiheit« (FDP 2015). Es verknüpft die Orientierung an einem »optimistischen Individualismus« mit dem Auftrag der FDP, Fortschritt für Lebenschancen weltweit zu gewährleisten. 2020 wurde das parteiintern populäre, programmatisch prägende und für Wahlkämpfe stets maßgebliche Leitbild erneuert: Jetzt trat »Nachhaltigkeit durch Innovation« hinzu. Damit waren die FDP und ihre Führungskräfte in der ersten und zweiten Reihe endgültig gut vorbereitet auf eine Reformagenda sozialen Aufstiegs und ökologischer Verantwortung.

1.4 Die liberalen Väter der Ampel

Dass die FDP in der Öffentlichkeit auch nach 2017 auf die CDU gepolt schien, hatte also keine grundsätzlichen programmatischen, sondern drei machstrategische Gründe: Erstens schien nur mit der CDU eine Regierungskoalition möglich – und mit dem fairen Armin Laschet sogar wünschbar. Zweitens galten und gelten SPD und Grüne vielen traditionellen Wählerinnen und Wählern der FDP als freiheitsfeindliche Parteien. Gegenseitige Vorbehalte und Feindbilder waren insbesondere zwischen FDP und Grünen jahrelang gepflegt worden. Drittens waren die Erfahrungen der Ampel nicht ermutigend. Das zweite Kabinett von Malu Dreyer von 2016–2021 in Rhein-

land-Pfalz war überhaupt erst die dritte Ampel-Koalition auf Landesebene, und gar die erste, die nicht vor Ablauf der Legislatur scheiterte.

Dass die FDP auf Bundesebene je eine Ampel-Koalition hätte befürworten sollen, war machstrategisch also Unsinn. Als aber die CDU 2021 so zerstritten und verbraucht wie die FDP 2013 daherkam, wurde die Ampel überraschend auch machtpolitisch attraktiv. Die rasche Initiative der Spitzen von Grünen und FDP, der siegestrunkenen SPD in den Stunden nach der Bundestagswahl das Momentum zu klauen und so vertraulich wie öffentlichkeitswirksam die Annäherung zu erproben, begeisterte auch diejenigen in der FDP, die stärkere ideelle Vorbehalte hatten.¹ Dass es dann nicht nur zur Aufnahme von Verhandlungen, sondern sogar zu einem Koalitionsvertrag mit deutlicher liberaler Handschrift kam, konnte nur die wirklich überraschen, die entweder die programmatische Vorbereitung der FDP ignoriert oder ihre Feindbilder gegenüber den Spitzen von SPD und Grünen zu lieb gewonnen hatten.

Dennoch wäre die Ampel ohne die Ampel-Erfahrung von FDP-Generalsekretär Volker Wissing, die langjährige strategische Vorarbeit von Marco Buschmann, die Sympathie und programmatische Vorarbeit der einflussreichen Landesvorsitzenden Joachim Stamp und Michael Theurer und die entschlossene Führung Christian Lindners nicht zustande gekommen. Sie alle wussten schon lange, dass die FDP dank ihrer langjährigen Erneuerung als Reformkraft der Mitte längst reifer für die Ampel war, als selbst viele Parteimitglieder glaubten.

2. Herausforderungen der Liberalen in der Ampel

2.1 Zum Hinterland des Koalitionsvertrags: Klärungsbedarf

Das Narrativ »Mehr Fortschritt wagen« und die Schwerpunkte des Koalitionsvertrags sind aus liberaler Sicht überzeugend: Die Ampel soll ein »Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit« werden. Die Welt ist im Umbruch von Megatrends: Klimakrise, verschärfter Wettbewerb auf den Weltmärkten, internationaler Systemwettstreit, Digitalisierung und

¹ Siehe hierzu auch die Beiträge von Sebastian Jarzebski und Ralph Bollmann im vorliegenden Band.

demografischer Wandel. Auf die interdependenten Herausforderungen »gesellschaftliche(r) Spannungen in Zeiten des schnellen Wandels« will die Koalition mit einem modernisierten Staat und einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft antworten, deren Leistungsfähigkeit sie stärken will. So sollen die Chancen der Umbrüche genutzt werden.

Das passt zum Selbstverständnis der FDP als einer Reformkraft der Mitte. Wie deutlich erkennbar die liberale Handschrift im Koalitionsvertrag ist, hatte selbst Optimisten überrascht. Aber die Lindner-FDP ist demütig aus Erfahrung. Sie weiß auch, dass die Sprengkraft in den Details lauert. Ob und wie diese konstruktiv bearbeitet werden können, dürfte sich in der ausstehenden Aufklärung der folgenden vier Konfliktfelder zeigen. Sie bilden das Hinterland des Koalitionsvertrags, sind ideell spannungsreich und bedürfen jetzt der Diskussion zwischen den Fraktionen sowie in den Foren der drei Partei-Stiftungen.

2.2 Deutschlands sicherheitspolitische Rolle in Europa und der Welt

Der Koalitionsvertrag beschrieb es schon: Im internationalen Systemwettbewerb gelte es, »unsere Werte entschlossen mit demokratischen Partnern zu verteidigen«. Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine vom 24. Februar hat zu einer Zeitenwende der deutschen Sicherheitspolitik geführt. Innerhalb der Koalition betrifft sie nicht nur die Solidität des Haushalts, sondern das für die Koalition zentrale Projekt der Energiewende und sogar Identität und Charakter unseres Landes, des wirtschaftlich mächtigsten Landes Europas. Wir hatten uns in sieben Jahrzehnten europäischer Integration in der Rolle eines freundlichen, friedfertigen und gegenüber Russland schlussendlich gutmütigen Riesen von nebenan gut eingerichtet. Die neuen Prioritäten rühren bis an den jeweiligen Markenkern der Ampel-Parteien heran. Sie sind ohne Brüche mit alten Überzeugungen nicht zu klären.

Die noch einmal beschleunigte Energiewende soll nun neben der ökologischen eine (zweite) Freiheitsdividende abwerfen – die mittelfristige Befreiung von der Abhängigkeit zu Russland. Die Bundesregierung muss dafür einerseits noch schneller und teurer entsprechende Infrastruktur schaffen und andererseits wohl längere Laufzeiten für Kohlekraftwerke und die letzten Atommeiler pragmatisch ermöglichen. Dass Christian Lindner erneuerbare Energien jetzt (zu Recht) »Freiheitsenergien« nennt, setzt innerparteilich alle Gegner konkreter Infrastrukturprojekte unter Recht-

fertigungszwang. Zugleich erfordern die Investitionen im dreistelligen Milliardenbereich zur Wiederherstellung der Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr Kehrtwenden bei SPD und Grünen, aber auch ungeahnte Kreativität liberaler Finanzpolitik, die schwarze Null mit Investitionsbedarf zu vereinen. Das alles sind Prioritäten, Investitionen und dringliche Umbrüche, die Widerstand hervorrufen und den inneren Frieden im Land belasten werden – ein erster Teilaspekt unserer Demokratie unter dem Druck der Transformation (s.u.).

2.3 Soziale Gerechtigkeit:

Wo liegt der *fair shake* zwischen Leistung und Respekt?

In zwei lesenswerten Analysen von politisch-kulturellen Hauptströmungen der USA unterscheidet George Packer in *The Atlantic* zwischen den Narrativen des libertären *Free America*, des meritokratisch-technokratischen *Smart America*, des christlich-nationalistischen *Real America*, des linken und woken *Just America* sowie dem alt-neuen *Equal America* eines *fair shakes*, auf das Packer bei Joe Biden hofft (Packer 2021a, 2021b). Die Analyse liefert Aha-Momente für FDP wie für die Ampel.

Zunächst dürfte sich die FDP wiedererkennen in den zwei Narrativen des *Free America* und des *Smart America*. Sie sind auf unterschiedliche Weise freiheitsbegeistert: Die Vertreter von *Free America* sehen sich in der Tradition eines (angeblich) »klassischen Liberalismus« von John Locke über Adam Smith bis Friedrich August von Hayek, Ronald Reagan und Ayn Rand. Freiheit wird negativ verstanden als Abwesenheit von staatlichem Zwang, aber eigentlich auch aller anderen kulturellen Zumutungen, die der individuellen Selbstverwirklichung (angeblich) im Wege stehen. Diese Strömung eines »kapitalistischen Liberalismus« der starken Egos gibt es auch in der FDP, allerdings weniger in liberalen Gremien und mehr in den Sozialen Medien.

Mit *Smart America* meint Packer das meritokratische Bekenntnis zur Bestenauslese durch Bildung und Leistung. Dafür habe der Staat faire oder gleiche Chancen zu gewährleisten, vor allem im Bereich von Bildung und Gleichstellung. So würde sozialer und ökonomischer Aufstieg durch Leistung möglich, Ungleichheit im Ergebnis fair. Diese Ideen finden sich, so Packer, besonders bei den kosmopolitischen Individualisten, Bildungsbürgern und Leistungsfreunden, die selbst den Aufstieg geschafft haben oder

an ihren Aufstieg glauben. Das dürfte für weite Teile der FDP gelten: Dort ist dieses Narrativ sozusagen Beschlusslage.

Packer wirft den Anhängern dieses Narrativs vor, mit sich selbst zufriedene Gewinner zu sein. Sie würden verdrängen, dass Erfolg vielfach vererbt und Aufstiegschancen die Ausnahme seien. Die mangelnde Bildung der ärmeren Schichten sowie deren Verwurzelung in traditionellen Identitäten sei den Smarten peinlich. Dieses Argument ist ein Echo der Kritik an liberal-technokratischen, plutokratisch käuflichen Eliten, wie sie auch Timothy Garton Ash und Michael Sandel am Typus der »liberalen Davos-Gänger« üben (Ash 2020; Sandel 2020). Insbesondere Sandel geißelt es als »Tyrannei der Meritokratie«, der zufolge die Verlierer des angeblich fairen Leistungswettbewerbs eben ihr eigenes Glück nicht gut genug geschmiedet hätten und dafür selbst die moralische Schuld trügen. Die Verachtung der polyglotten urbanen Gewinner für traditionsverhaftete ländliche Verlierer öffne die Tore für Populisten. Diese Kritik erinnert an verwandte Unterscheidungen zwischen *Globalists vs Localists* und *Virtuals vs Practicals*, also an Konfliktlinien, die stets auch unterschiedliche Freiheitsbegriffe und bedürfnisse offenbaren.

Die FDP sollte sich von dieser Kritik sensibilisieren lassen, auch wenn sie sich guten Gewissens nicht voll getroffen fühlen muss. So ist etwa die Sorge von Liberalen um ein Bildungssystem, das Ungleichheiten fortschreibt statt echte Aufstiegschancen zu ermöglichen, nicht nur aktenkundig, sondern vielfach biografisch authentisch – ähnlich die Sorge um Chancen auf Eigentumsbildung. Zugleich kritisiert die FDP seit Jahren die Abwertung von Haupt- und Realschulen sowie Ausbildungsberufen. In der FDP gibt es viele Aufsteigerinnen und Aufsteiger, die beengte Verhältnisse kennen.

Aber in der Koalition mit der SPD besteht Gelegenheit, Fragen der sozialen Gerechtigkeit weiter zu vertiefen. Denn Michael Sandel war für Olaf Scholz schon 2020 ein entscheidender Ideengeber. Ihm verdankt der SPD-Wahlkampf das Motto des »Respekts« sowie Motive der Würde der Arbeit, der Begegnung auf Augenhöhe und der Anerkennung, die zum Teil prominent in den Koalitionsvertrag eingegangen sind. Mit Sorge blickt die Scholz-SPD auf eine Spaltung der Mittelschicht, bei der die einen sich in Kreativberufen oben halten können, die anderen aber mit Berufen in Industrie und Dienstleistungen absinken. Leistungsgerechtigkeit soll durch »Beitragsgerechtigkeit« ergänzt werden: Jede und jeder habe den Anspruch, dass der eigene Beitrag zum gesellschaftlichen Wohl anerkannt werde (Scholz 2021).

Was soll das konkret heißen? Das wird zu diskutieren sein. Aber im Prinzip heißt es wohl: mehr demokratische Bewertung, weniger marktwirtschaftliche Preisfindung. Und: mehr demokratischer Zusammenhalt, weniger identitätspolitische Zersplitterung. Welche Gleichheiten sollen im Namen der Beitragsgerechtigkeit hergestellt werden? Das hat konkrete Folgen von der CO₂-Bepreisung über Stadtentwicklung und die Pendlerpauschale bis zum Fleischkonsum. Ein saftiges Beispiel: Was sagt denn die FDP, was sagen die woken Teile der Grünen Jugend, wenn die SPD den Preis für Nackensteaks auf Holzkohlegrillen von Fußballvereinen niedrig halten will, wenn er mit dem CO₂-Preis steigt? Und strukturell: Wie viel Bestandsschutz oder welche Solidarität verdienen die Verlierer der kommenden Umbrüche? Der *fair shake* der Ampel: Er bedarf noch vieler demokratischer Such-, Lern- und Aushandlungsprozesse.

2.4 Klimapolitik als Freiheitspolitik

Dass die Klimakrise eine fundamentale Gefährdung der Lebensgrundlagen und Bedrohung von Freiheit, Wohlstand und Sicherheit ist, gehört denn auch zum Fundament des Koalitionsvertrags. Alle drei Ampelparteien bekennen sich zudem zur Freiheit als Leitwert, die FDP freilich am klarsten und ausführlichsten. Die SPD beginnt den Werteteil ihres Hamburger Grundsatzprogramms von 2007 mit der Erzählung, immer Teil einer internationalen Freiheitsbewegung gewesen zu sein. In ihrem Grundsatzprogramm von 2020 stellen auch die Grünen den Mensch in seiner Würde und Freiheit in den Mittelpunkt aller grünen Politik.

»Klimapolitik ist Freiheitspolitik« – so haben sich Vertreterinnen und Vertreter von FDP und Grünen schon vor dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutz Ende April 2021 zitieren lassen (Bundesverfassungsgericht 2021). Wessen und welche Freiheiten jetzt aber bedroht oder gefragt sind, darüber gibt es keine Einigkeit. Das Urteil der Karlsruher Richter geht davon aus, dass das Grundgesetz »zur Sicherung grundrechtsgeschützter Freiheit über die Zeit und zur verhältnismäßigen Verteilung von Freiheitschancen über die Generationen« verpflichtet. Die Grundrechte der jungen Klägerinnen und Kläger begreifen sie entsprechend als »intertemporale Freiheitssicherung«. In einer »einseitige(n) Verlagerung der durch Art. 20a GG aufgegebenen Treibhausgasminderungslast in die Zukunft« sieht Karlsruhe dann eine »umfassende Freiheitsgefährdung«. Dementsprechend

stellt das Urteil fest: »Die Schonung künftiger Freiheit verlangt auch, den Übergang zu Klimaneutralität rechtzeitig einzuleiten«, was der Gesetzgeber aber bisher nicht geleistet habe. In der Konsequenz erwartet der Erste Senat einerseits »Restriktionen eines CO₂-relevante(n) Freiheitsgebrauch(s)«, die andererseits mehr Zeit für »technische und soziale Entwicklungen« schaffen, »mit deren Hilfe die Umstellung von der heute noch umfassend mit CO₂-Emissionen verbundenen Lebensweise auf klimaneutrale Verhaltensweisen freiheitsschonend vollzogen werden könnte«.

Die Einschränkungen emissionstreibenden Freiheitsgebrauchs dienen also zweierlei: der gerechteren Lastenverteilung zwischen heute und morgen, aber auch dem Zeitgewinn für Lösungen zur Umstellung. Grüne und FDP lesen das Urteil mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Die Grünen betonen die Notwendigkeit von Einschränkungen der heutigen Freiheit, während die FDP sich vor allem als Anwältin der freiheitlichen Suche nach besseren Lösungen sieht. Verbote, so das liberale Argument, würden der »Innovation durch Wettbewerb« nicht weiterhelfen, vielmehr müsse man die Freiheiten von heute nutzen, um die Freiheiten von morgen zu schützen.

Die vernünftige Mitte der Grünen und der FDP müsste aber zusammenfinden können. Erstens geht es auch der Lindner-FDP darum, »die Freiheitsbilanz der Gesellschaft (zu) optimieren« (Lindner 2010). Es ist die Pointe der für das Grundsatzprogramm so prägenden »qualitativen Freiheit« von Claus Dierksmeier, konkrete Freiheitsrechte und Lebenschancen immer wieder an ihren Beiträgen zur Freiheit aller, auch künftiger Generationen auszurichten, weshalb Nils Markwart dem Karlsruher Klima-Urteil sogar explizit die Dierksmeier'sche Freiheitsidee unterstellt (2021). Wer sich der Sorge um das Zusammenspiel von Freiheiten durch kluge Regulierung und Förderung verschrieben hat, vermag in der Balance von Lasten ein Gebot, und in Verboten eine legitime Option liberaler Politik zu erkennen, mit deliberativ begründeter Verknappung Innovationen auszulösen.

Zweitens gehört zur Tradition der Grünen neben einer gewissen Freude an Verboten und Dystopien immer auch Fantasie und utopisches Potenzial. So verwundert es nicht, dass der Koalitionsvertrag voll neugieriger, konstruktiver und dynamischer Lösungsansätze für Klima- und Umweltschutz ist. Dazu zählen die CO₂-Bepreisung, perspektivisch im globalen Emissionshandel, oder die Umstellung auf eine Kreislaufwirtschaft. Wo die Grünen nicht dem Glauben von Teilen der Klimabewegung erliegen, die Wissenschaft könne der Politik schon die richtigen Maßnahmen diktieren, darf die

FDP sich ihrerseits nicht der Illusion hingeben, die Transformationen des Klimawandels seien lediglich das technologische Werk kreativer Ingenieurinnen und Programmierer.

Andere Konflikte werden weiterhin bestehen: Die von der Sorge um Kippunkte bewegten Grünen betonen die Dringlichkeit von Umstellungen, die optimistischen Liberalen pflegen ihren guten Glauben an offene evolutionäre Prozesse. Und während die Grünen Freude an der Erziehung von Konsumentinnen und Konsumenten haben, setzen die Liberalen auf freie Entscheidungen. Aufzulösen wären solche Konflikte in einer lernenden Demokratie – dazu dann unten.

2.5 Demokratie unter Druck – Koalition ohne Clue?

Ist Demokratie überhaupt ein Thema der Ampel? Als Thema ragt sie im Koalitionsvertrag nicht hervor, bleibt unter der Oberfläche – dort allerdings ist das größte Programm zur Reform der Demokratie versteckt, seit Willy Brandt »mehr Demokratie wagen« wollte. Umfangreiche Änderungen im Wahlrecht, Entschuldung der Kommunen, gestärkter Föderalismus und ein Sicherheitsapparat im Dienst der Freiheitsrechte stärken die Demokratie als Herrschaftsform. Parlamentsreformen inklusive Innovationen der Bürgerberatung, eine neue nationale Engagement-Strategie, ein »Demokratiefördergesetz«, ein »Nationaler Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung« und ein Partizipationsgesetz für mehr migrantische Repräsentanz und Teilhabe, dazu Vorbereitungen für kompetente und frühzeitige Bürgerbeteiligung beim Infrastrukturausbau sollen die Demokratie als Regierungsform modernisieren. Dazu kommt eine große Liste von Reformen, die Demokratie als Lebensform stärken sollen (Gohl 2022a).

Aber dem Koalitionsvertrag fehlt die Sprache, dem Parlament ein Ausschuss und den Ministerien eine klare Zuständigkeitsregelung für Demokratiepolitik. Es ist, als stünde die im ganzen Koalitionsvertrag verstreute Agenda der Demokratiepolitik im Abseits der Ampel. Denn die offensichtlichen Helden des Koalitionsvertrags sind der moderne Staat und die sozial-ökologische Marktwirtschaft. Die Zivilgesellschaft wird im Narrativ der Präambel nicht einmal genannt. Demokratie erscheint höchstens als Schutzgut, das der Staat nach innen und nach außen verteidigt. Der Koalitionsvertrag sieht dazu das »Demokratiefördergesetz« vor, dessen Zweck im Dunklen bleibt. Erste Konsultationen zeigen aber, dass es wohl alten SPD-

Vorstellungen zufolge der »Extremismusprävention« dienen soll, also: dem Kampf gegen Rechtsextremismus. Sie wird auch im Koalitionsvertrag als »derzeit die größte Bedrohung der Demokratie« wahrgenommen.

Auch aus liberaler Sicht ist der Rechtsextremismus eine echte Bedrohung der liberalen Demokratie. Aber stärken denn eine vielfältige und leistungsfähige Demokratie, wenn sie nur als innen- und sicherheitspolitisches Projekt der wehrhaften Demokratie verstanden wird? Ist nicht die Polarisierung und der Vertrauensverlust in die Regierungsfähigkeit des demokratischen Staates noch eine viel größere Bedrohung der Demokratie? Hatte nicht Bundespräsident Steinmeier Recht, als er in seiner großen Rede zu seiner Wiederwahl Mitte Februar die Umbrüche der kommenden Transformation als die große kommende Herausforderung der Demokratie beschrieb? (Steinmeier 2022) Müsste es nicht ein Weckruf sein, dass jeweils mehr als die Hälfte der Deutschen die Akzeptanz der Demokratie als gute Regierungsform an gute Ergebnisse knüpft, aber mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden ist? Zeigen die Erfahrungen der Corona-Krise nicht, dass die Organisation der Demokratie und ihrer Schnittstellen dringend verbessert werden muss, wenn die Veränderungen des Klimawandels und der Digitalisierung im inneren Frieden und evidenzbasiert miteinander gestaltet werden sollen?

Darüber müssten sich die Koalitionsparteien eigentlich verständigen. Und eigentlich müssten Freie Demokraten diese Diskussion anführen. Aber leider gehört es zu den Versäumnissen der Liberalen im Land, eine gehaltvolle Vorstellung der liberalen Demokratie als Herrschafts-, Regierungs- und Lebensform entwickelt zu haben. Schon im Interesse der demokratischen Kultur der Koalitionspartner wäre das dringend nachzuholen.

3. Bleibende Aufgaben liberaler Erneuerung

3.1 Von der Geschlossenheit zur Erneuerung: Wo bleiben die Frauen?

Die FDP geht unter der Führung von Christian Lindner personell geschlossen in die Ampel. Forschungsministerin Bettina Stark-Watzinger, Justizminister Marco Buschmann und Verkehrs- und Digitalminister Volker Wissing haben schon in Partei und Fraktion eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. An der Spitze der Bundestagsfraktion steht der verlässliche Christian Dürr, unterstützt vom Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer Johannes Vogel,

der zugleich stellvertretender Bundesvorsitzender ist. Sie sind wie viele Liberale der Generation Lindner mit vollem Herzen Parlamentarier. Die Partei nach innen führen soll nach dem 73. Bundesparteitag im April 2022 Björn Djir-Sarai, der außenpolitischen Realismus mit innerparteilichem Reformehergeiz und Loyalität zu Christian Lindner verbindet. Er kann sich auf einen umsichtigen und klugen Bundesgeschäftsführer Michael Zimmermann verlassen.

Wer die Namen liest, merkt es selbst: Der Männeranteil ist dominant. Acht der elf Mitglieder des Präsidiums der Partei und acht der elf Mitglieder des Fraktionsvorstands sind Männer, der Frauenanteil liegt deutlich unter 30 Prozent. Bei leicht über 30 Prozent liegt der Anteil der Beisitzerinnen im Bundesvorstand – und alle Zahlen sind schon überproportional im Verhältnis zum Anteil der weiblichen Mitglieder in der FDP. Die jüngsten Eintritte vor und nach der Wahl 2021 waren so weit überproportional junge Männer, dass zwar das Durchschnittsalter von 52 auf 48 Prozent gesunken ist – aber eben auch der Anteil der Frauen.

Das hört in der Führung keiner gern: Die FDP fällt bei ihrem selbstgesteckten Ziel zurück, eine weiblichere Partei zu werden. Dass die Liberalen, die so gerne von der Vielfalt schwärmen, neben den Teams von SPD und Grünen so männlich daherkommen, schmerzt nicht nur wegen der Offensichtlichkeit. Sondern es schwächt die Partei, weil es die Vielfalt der Erfahrungen und Perspektiven verringert, was wiederum Auswirkungen auf den Wahlerfolg hat. Der designierte Generalsekretär Djir-Sarai will den Trend mit einem Leitbild FDP 2030 umkehren und die FDP (auch: migrantisch) vielfältiger und attraktiver machen. Die Parteientwicklung bleibt eine innere Baustelle.

3.2 Wichtiger denn je: Innere und äußere Dialogfähigkeit

Die seit 2012 tagende Arbeitsgruppe Parteientwicklung hat einige Erfolge bei der Erneuerung der innerparteilichen Demokratie vorzuweisen. Dazu gehören ausgeweitete (analoge und digitale) Beteiligungsmöglichkeiten, ein *Code of Conduct* sowie ein im Aufbau befindliches Ombudswesen mit Vertrauenspersonen. Es gehört zu den Errungenschaften der Lindner-FDP, insgesamt wieder teamfähiger und kooperativer geworden zu sein, als es die zerstrittene Individualistenpartei 2013 war.

Die Dialogfähigkeit nach innen wird in der 20. Legislatur aber wieder besonders auf die Probe gestellt. So wird die FDP in der Ampel Kröten schlucken müssen, die der Erläuterung bedürfen. Dazu kommt, dass eine Regierungspartei von der Logik, Dynamik und Aufmerksamkeitsökonomie politischen Machtgebrauchs geprägt wird. Das verändert und dezentriert eine Partei, die noch die außerparlamentarische Erfahrung in den Knochen hat. Das gilt umso mehr, als knapp 60 Prozent (!) der Parteimitglieder erst seit 2014 in die FDP eingetreten sind. Sie kennen weder die Lektionen der Niederlage von 2013 noch die Normalität der Regierungsverantwortung. Für eine liberale Partei, die 2017 und 2021 die Hoffnungen zumal junger Menschen auf Erneuerung bündeln konnte, bleibt es wichtig, Impulse aus den vielfältigen Öffentlichkeiten der Zivilgesellschaft aufnehmen und verarbeiten zu können. Ohne Dialogfähigkeit in alle Richtungen ist das nicht zu haben. Wenn die Parteiführung sie nicht zeigt, könnten Mitglieder über die Instrumente eines Mitgliederbegehrens oder eines Mitgliederentscheids die Agenda der FDP rasch beeinflussen.

Dialogfähigkeit heißt Lernfähigkeit. Die brauchen alle Ampel-Parteien in besonderem Maße, damit dieses selten glückende Experiment zum Erfolgsmodell werden kann, das Deutschland voranbringt. Der Koalitionsvertrag, aber auch der bisherige Stil der Koalitionäre lässt hoffen, dass die Spitzen der Parteien das verstanden haben. Bemerkenswert bei der Vorstellung des Koalitionsvertrages war, wie einmütig alle Beteiligten hervorhoben, sie hätten in offenen und schonungslosen, aber von gutem Willen getragenen Gesprächen eigene blinde Flecken erkannt und die anderen besser verstanden. Im Modus einer »lernenden Politik«, so Robert Habeck, wolle man »sich nicht gegenseitig begrenzen, sondern gegenseitig erweitern«, so Christian Lindner. Der wies eigene Gremien mehrfach darauf hin, dass die Ampel-Zeit eine Chance für die eigene Partei sein könne, manch eigene Orthodoxie, manch eigenen blinden Fleck zu überwinden.

3.3 Jenseits der Flügelkämpfe: Zwei Pole der Freiheit

Ob die Liberalen Dialog- und Lernfähigkeit in der Koalition aufbringen, liegt in letzter Konsequenz an der Idee der Freiheit, die in der FDP vorherrscht. Bis in die 17. Legislatur ab 2009 hinein verstanden sich Mitglieder häufig als Angehörige von Flügeln in der FDP. Medial eignete sich im Gefolge des Koalitionswechsels von 1982 die Unterscheidung zwischen einem

liberal-konservativen, wirtschaftsliberalen Flügel (etwa: der Schaumburger Kreis) und einem liberal-progressiven, sozialliberalen Flügel (so der Freiburger Kreis). Längst waren diese Kreise aber mehr macht- als sachpolitisch orientiert. Anlässlich eines die Partei spaltenden Mitgliederentscheids zum Euro-Rettungsschirm (ESM) 2011 bildete sich die Sammlung des »Liberalen Aufbruch« um den Abgeordneten Frank Schäffler, die die FDP zu einer konsequent »klassisch-liberalen Partei« entwickeln wollte. Dem gegenüber beerbte ein kurzlebiger Dahrendorf-Kreis den Freiburger Kreis und wurde dann von der Sammlung des »Liberalen Fortschritts« abgelöst, deren Mitglieder sich hinter das vom Liberalen Aufbruch kritisierte neue Grundsatzprogramm von 2012 stellte.

Als Christian Lindner 2013 die verkrachte Partei übernahm, fürchtete er die Fortsetzung unfruchtbarer Konflikte. Der Leitbildprozess von 2014 und die damit verbundene Selbstkritik verknüpfte wie schon das Karlsruher Grundsatzprogramm verschiedene Traditionen zu einem gesamtheitlichen liberalen Angebot und hatte spätestens mit dem Wiedereinzug in die 19. Legislatur ab 2017 so befriedigende wie befreiende Wirkung. Was einmal Flügel waren oder sein wollten, erscheinen heute in erster Linie als ideelle Unterströmungen eines gesamtheitlichen Liberalismus, die unterschiedliche Perspektiven und Prioritäten in gegenseitigem Respekt und Wertschätzung vertreten.

Das muss nicht so bleiben. Denn nach wie vor gibt es (mindestens) zwei Pole des Freiheitsverständnisses in der FDP. Der erste (voraussetzungsarme) Pol ist die Verpflichtung auf die schon (empirisch oder durch das Naturrecht) gegebene Freiheit des Einzelnen, die es als Schutzgut gegen staatliche Zugriffe, kulturelle Zumutungen oder außerörtliche Einmischungen zu verteidigen gilt. Dieser Pol der (negativen oder quantitativen Freiheit) hat den Vorzug, dass er der starken moralischen Intuition von Liberalen entspricht, die Selbstbestimmung der Fremdbestimmung vorzuziehen. Der Schutz der Freiheit des Einzelnen, aber auch Programme der Deregulierung sind hier ziemlich einfach zu begründen: Es gilt, Freiheitsverluste zu verhindern und Freiheitsräume auszuweiten.

Der andere (voraussetzungsreiche) Pol versteht Freiheiten nicht als gegeben, sondern als aufgegeben. Dafür bedürfen Freiheitsräume einerseits der wohlregulierten Ordnung durch Institutionen und Verfahren, aber auch einer Politik, die Lebenschancen als sinnvoll nutzbare Freiheiten gewährleistet. Entsprechend prägt dieser zweite Pol der fair organisierten und

verantwortlich gebrauchten Freiheit das Verständnis von Ordnungs- und Chancenpolitik in den Karlsruher Freiheitsthesen. Auch dieser Ansatz ist der Freiheit des Einzelnen verpflichtet – aber eben den Lebenschancen aller Einzelnen, und darum dann der Sisypchos-Arbeit an den Bedingungen freiheitlichen Zusammenlebens. Auch dieser Freiheitsbegriff verwirklicht für Liberale typische moralische Gefühle: das Mitgefühl mit Leidenden ebenso wie ein Gefühl für Fairness, dem zufolge wir Lasten verhältnismäßig verteilen. Weil aber nie schnell klar ist, was das denn konkret erfordert, ist dieses Verständnis von Freiheit schwerer zu vermitteln.

Die Ampel muss Umbrüche zu Aufbrüchen machen. Die FDP kann sich an dieser Gestaltung nur mit dem zweiten Freiheitsbegriff konstruktiv beteiligen. Aber beide Pole gehören zur liberalen Tradition. Immerhin schließt der zweite Pol als Friedensformel die Verteidigung individueller Freiheiten des ersten Pols mit ein, besteht aber auf der Optimierung einer gesamtgesellschaftlichen (gar: intergenerationellen) Freiheitsbilanz aller Einzelnen. Der Gegensatz zwischen einem einfachen individualistischen und einem umfassenderen republikanischen Liberalismus ließe sich auch bei Diskussionen zur Impfpflicht nachweisen. Ob aber unter dem Druck der Wählerschaft oder den Herausforderungen der Ampel ein angemessen komplexes Verständnis von Freiheit aufrechterhalten werden kann, wird erst die Zeit zeigen.

3.4 Entdeckt der Liberalismus die Lernende Demokratie?

Alle Herausforderungen der Ampel, alle bleibenden Aufgaben liberaler Erneuerung münden letztlich in eine Erkenntnis: Wer mehr Fortschritt wagen will, muss Demokratie besser machen. Denn wenn unsere Demokratie die Umbrüche einer neuen Sicherheits- und Energiepolitik friedlich verarbeiten soll; wenn eine Politik des Respekts sozialen Ausgleich anstrebt; wenn Klimapolitik als Freiheitspolitik die Freiheitsansprüche heutiger und künftiger Generationen ausbalanciert; wenn innerparteiliche Demokratie im Dienste von Vielfalt besser organisiert werden soll; wenn es in der FDP und der Ampel auf Dialog- und Lernfähigkeit ankommt; und wenn Ordnungs- und Chancenpolitik das dynamische Spiel der Freiheiten auf den Fortschritt der Lebenschancen ausrichten sollen: dann ist damit jedes Mal gesagt, dass Veränderung der Verständigung bedarf. Freiheitspolitik ist in diesem Sinne Demokratiepoltik (Gohl 2022b).

Die anstehenden lebensweltlichen, sozialen und kulturellen Umbrüche hin zu einem klimaneutralen, auf Dauer freiheitlichen Zusammenleben dürften die Dimension einer neuen industriellen Revolution haben. Es ist für Liberale ausgeschlossen, dass irgendjemand schon weiß, wie Deutschland in vier Jahren oder 2030 aussehen wird – oder wie genau wir dahin kommen. Klar dürfte aber sein, dass der moderne technokratische Staat und die sozial-ökologische Marktwirtschaft – die Helden des Koalitionsvertrags – diese Umbrüche nicht allein werden gewährleisten können. Die freiheitliche und friedliche Gestaltung der anstehenden Transformationen dürfte also damit stehen und fallen, ob die Ampel die Chancen demokratischer Such-, Lern- und Gestaltungsprozesse nutzt. Ob sie also die Intelligenz, Ideen, Initiativen und Innovationen von Wissenschaft und Bürgerschaft einzubinden vermag.

Besinnen sich Liberale darauf, welche zivile und transformative Kraft freiheitlich verantwortete Such- und Lernprozesse haben? Liberale schätzen die Lernprozesse von Wettbewerb und Innovation in der Sozialen Marktwirtschaft, und sie schützen Experiment und Einsicht in der Wahrheitssuche der Wissenschaft. Aber dass Demokratie öffentlicher Vernunftgebrauch ist, gegenseitige Aufklärung durch Kritik und Korrektur, daraus haben sie bisher keinen Politikansatz gemacht. Dabei müssten doch die Koalitionäre, müssten mindestens Liberale die Dialog- und Lernfähigkeit der Anfänge der Ampel übertragen wollen auf die Neuorganisation der Demokratie als Regierungsform.

Wie die Soziale Marktwirtschaft als dritter Weg zwischen unreguliertem Kapitalismus und planwirtschaftlichem Sozialismus entstanden ist, könnte eine offene oder lernende Demokratie ein dritter Weg zwischen smarter technokratischer Elitenherrschaft und autoritär-populistischer Massenverdummung werden. Wie der faire Wettbewerb in der Sozialen Marktwirtschaft wäre der offene Dialog eine Form des zivilen, produktiven und gemeinsamen Freiheitsvollzugs. So könnten wir den vielfältigen Druck auf liberale Demokratien umwandeln in einen Schub des Fortschritts.

Das wäre am Ende eine Frage des inneren Friedens. Sie bleibt aber offen. Denn Demokratiepolitik, verstanden als die Sorge um die Institutionen, Verfahren und Kultur unserer Demokratie, hat einen schweren Stand. Nicht nur in der Ampel und im Koalitionsvertrag, sondern auch bei den Oppositionsparteien. Möglicherweise kann Bundespräsident Steinmeier etwas daran ändern. Möglicherweise führen aber auch der Krieg Russlands gegen die

Demokratiebestrebungen der Ukraine, der Start der Kommission für Parlamentsreformen, die jüngst eröffnete Diskussion über das geplante »Demokratiefördergesetz« und kommende Gesetzentwürfe zum Planungsrecht bei Infrastrukturprojekten der Energiewende in der Summe zur Diskussion darüber, in welcher Demokratie wir eigentlich freiheitlich zusammenleben wollen und können. Die Freien Demokraten müssten diese Diskussion im eigenen Interesse anführen.

Literatur

- Ash, Timothy Garton (2020). The Future of Liberalism. In: Prospect Magazine, 9. Dezember 2020 <https://www.prospectmagazine.co.uk/magazine/the-future-of-liberalism-brexit-trump-philosophy> (letzter Aufruf 21. März 2022)
- Bröcker, Michael (2012). Neue Liberale. In: Rheinische Post, 28. Januar 2012
- Bundesregierung (2021). Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit., Koalitionsvertrag 2021-2025 zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und den Freien Demokraten (FDP). Mit Zeilennummern verfügbar unter <https://dynamic.faz.net/download/2021/Koalitionsvertrag2021-2025.pdf> (letzter Aufruf 21. März 2022)
- Bundesverfassungsgericht (2021). Beschluss des Ersten Senats vom 24. März 2021 – 1 BvR 2656/18 –, Rn. 1-270 www.bverfg.de/e/rs20210324_1bvr265618.html (letzter Aufruf 21. März 2022)
- Dierksmeier, Claus (2016). Qualitative Freiheit. Bielefeld: transcript
- FDP (2013). Verantwortung für die Freiheit. Karlsruher Freiheitsthesen für die offene Bürgergesellschaft. Grundsatzprogramm der FDP <https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2016/01/28/karlsruherfreiheitsthesen.pdf> (letzter Aufruf 21. März 2022)
- FDP (2015). Mehr Chancen durch mehr Freiheit. Leitbild <https://www.fdp.de/seite/leitbildprozess> (letzter Aufruf 21. März 2022)
- Gohl, Christopher (2022a). Agenda zwischen Ambition und Abseits? Zur Demokratiepoltik der Ampel-Koalition. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Jg. 35, Heft 1-2, S. 82-123
- Gohl, Christopher (2022b). Freiheitspolitik als Demokratiepoltik. In: Fücks, Ralf und Rainald Manthe (Hg.): Liberalismus neu denken. Im Erscheinen

- Lindner, Christian (2010). Für einen anderen Staat. In: Die Zeit, 25. Februar 2010 <https://www.christian-lindner.de/gastbeitraege/fur-einen-andere-staat> (letzter Aufruf 21. März 2022)
- Lindner, Christian (2011). Wozu Liberalismus? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. Mai 2011 <https://www.christian-lindner.de/gastbeitraege/wozu-liberalismus> (letzter Aufruf: 21. März 2021)
- Markwart, Nils (2021). Die Freiheit, die sie meinen. Impuls. In: philosophie Magazin online, 30. April 2021 <https://www.philomag.de/artikel/die-freiheit-die-sie-meinen> (letzter Aufruf 21. März 2022)
- Packer, George (2021a). How America Fractured Into Four Parts. In: The Atlantic, July/August 2021 Issue <https://www.theatlantic.com/magazine/archive/2021/07/george-packer-four-americas/619012/> (letzter Aufruf 21. März 2022)
- Packer, George (2021b). The Fifth Narrative. In: The Atlantic, Online, 15. August 2021 <https://www.theatlantic.com/ideas/archive/2021/08/bidens-agenda-is-equal-america/619751/> (letzter Aufruf 21. März 2022)
- Poschardt, Ulf (2012). Wachstum durch Freiheit. In: Die Welt, 31. Januar 2012
- Rösler, Philipp/Christian Lindner (2009). Freiheit: gefühlt – gedacht – gelebt. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Sandel, Michael J. (2020). The Tyranny of Merit: What's Become of the Common Good? London: Penguin Books
- Scholz, Olaf (2021). Plädoyer für eine Gesellschaft des Respekts. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. März 2021
- Steinmeier, Frank-Walter (2022). Rede nach der Wiederwahl zum Bundespräsidenten durch die 17. Bundesversammlung, Berlin 13. Februar 2022 <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2022/02/220213-Bundesversammlung.html> (letzter Aufruf 21. März 2022)

